



Hartmannbund

Verband der Ärzte Deutschlands

**(14) Ausschuss für Gesundheit
Ausschussdrucksache**

0014(2)

vom 3.1.2006

16. Wahlperiode

**Stellungnahme des Hartmannbundes Verband der Ärzte Deutschlands e.V.
zum
Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arznei-
mittelversorgung (Drucksache 16/194)**

Die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in Aussicht genommenen kurzfristigen Sparziele konterkarieren die Notwendigkeit, das deutsche Gesundheitswesen zukunftssicher zu machen. Mit der in Artikel 1 (5b) durch Änderung des § 84 Absatz 4a SGB V fixierten Festlegung sogenannter „Tagestherapiekosten“, die bedeutsam zur Erschließung von sogenannten „Wirtschaftlichkeitsreserven“ sind, eröffnet der Gesetzgeber neue bürokratische Hemmnisse, die der medizinischen Versorgung der Bevölkerung ebenso wie der Arbeit der Ärztinnen und Ärzte im Praxisalltag hinderlich sind und dem Bemühen auch der Bundesregierung um einen verstärkten Abbau von Bürokratie im Gesundheitswesen in krasser Weise entgegenstehen.

Mit dem im Zusammenhang zu den sogenannten „Tagestherapiekosten“ einzuführenden Bonus-Malus-System für Vertragsärzte werden Provisionen ausgelobt, die schlussendlich Rationierungen medizinischer Leistungen belohnen. Eine derartige Belastung der Arzt-Patienten-Beziehung ist nicht hinnehmbar und beschädigt nachhaltig das gegenseitige Vertrauen.

Der Hartmannbund verweist vielmehr auf die Tatsache, dass die Vertragsärzteschaft sich ihrer Verantwortung für eine wirtschaftliche Verordnungsweise durchaus bewusst ist. Dies entbindet sie aber nicht von der Pflicht, für den individuellen Behandlungsfall die wirksamste medikamentöse Therapie zu wählen. Dies mit Honorareinbußen zu sanktionieren, widerspricht den ethischen Grundsätzen der Tätigkeit der Ärztinnen und Ärzte in ihrem Selbstverständnis bei der Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten.

Die mit dem Gesetzentwurf beabsichtigten Kostendämpfungsmaßnahmen suggerieren eine erhöhte Qualitätssicherung der medizinischen Versorgung. Mit der Einführung eines Provisionsinstrumentariums wird aber vielmehr die medizinische Rationierung auf dem Rücken der Patientinnen und Patienten zementiert.

Der Hartmannbund stellt abschließend fest, dass mit den Kostendämpfungsmaßnahmen, wie sie im vorgelegten Gesetzentwurf sichtbar werden, versorgungs- und wirtschaftspolitische Entwicklungen fortgeschrieben werden, die eine Abkopplung des Systems der gesetzlichen Krankenversicherung vom medizinischen Fortschritt fixieren und den Gesundheitsstandort Deutschland insgesamt beschädigen. Der Hartmannbund lehnt den vorgelegten Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und SPD des Deutschen Bundestages für ein Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung vom Grundsatz her ab.

Berlin, den 3. Januar 2006

Hartmannbund Verband der Ärzte Deutschlands e.V.
Schützenstr. 6a
10117 Berlin-Mitte
Telefon 030/206 208-0
Telefax 030/206 208-29
Internet: www.hartmannbund.de
E-Mail: HB-INFO@hartmannbund.de